

Belgiens Strafvollzug versinkt im Chaos

Die Regierung ruft wegen eines Streiks der Gefängniswärter die Armee zu Hilfe

In den belgischen Haftanstalten herrschen seit Jahren unhaltbare Zustände. Angesichts neuer Sparmassnahmen streiken jetzt die Gefängniswärter. Die Insassen bleiben deshalb in ihren Zellen - und meutern dagegen.

NIKLAUS NUSPLIGER, BRÜSSEL

Seit den Terroranschlägen in Brüssel sind keine zwei Monate vergangen, und schon hält eine neue Krise Belgien in Atem. Vor zwei Wochen traten die Gefängniswärter in der frankofonen Wallonie und in Brüssel in einen Streik, um gegen Rationalisierungspläne der Regierung und den Personalmangel zu protestieren. Ein erstes Angebot des überrumpelten Justizministers Koen Geen wiesen die Arbeitnehmer zurück, worauf die Lage zusehends ausser Kontrolle geriet. Zur Verstärkung der 1000 Polizisten, die in den Gefängnissen behelfsmässig die Sicherheit garantieren, musste die Regierung nun sogar notfallmässig 180 Armeeingehörige entsenden.

Erste Revolten in den Zellen

Leidtragende der unhaltbaren Situation sind vorab die Gefängnisinsassen. Da die streikenden Wärter keinen minimalen Bereitschaftsdienst zulassen, sind nur die medizinische Versorgung und die Anlieferung von Nahrungsmitteln gewährleistet. Die Insassen bleiben in ihren Zellen eingesperrt, die täglichen Spaziergänge wurden gestrichen. Sie erhalten keine frische Wäsche und keinen Zugang zu Duschen, und sie können weder telefonieren noch von Angehörigen oder Anwälten Besuch empfangen.

Bereits haben erste Häftlinge ans Protest ihre Matratzen angezündet und ihre Zellen verwüstet oder mit Wasser überflutet. Der Direktor des Gefängnisses im Brüsseler Stadtteil Forest sprach von einer «quasi-aufständischen Situation» und betonte, die Lage in seiner Anstalt sei derzeit weder human noch sicher. Der ganze Strafvollzug droht im Chaos zu versinken, da die Häftlinge nicht zu ,Gerichtsterminen gefahren werden. Bereits beantragen Anwälte die Freilassung von Untersuchungshäftlingen, weil sie zu lange keinem Richter vorgeführt werden. Allerdings werden derzeit selbst Häftlinge, die auf freien Fuss gesetzt werden müssten, nicht aus der Haft entlassen.

Belgien steht wegen der Zustände in seinen Gefängnissen seit Jahren in der Kritik. Zum einen übersteigt die Zahl der Insassen die Aufnahmekapazität der Anstalten um 22 Prozent — in Europa ist die Überbelegung nur in ungarischen und albanischen Gefängnissen grösser. In Doppelzellen würden mitunter bis zu vier Personen inhaftiert, sagt ein Menschenrechtsaktivist. Zum anderen seien einzelne Anstalten so hoffnungslos veraltet, dass die Insassen ihre Notdurft in Kübeln verrichten müssten.

Der Armeechef schlägt Alarm

Vor diesem Hintergrund tönt die Kritik der streikenden Wärter durchaus plausibel, dass nach dem personellen Abbau der letzten Jahre die Schmerzgrenze überschritten sei. Dennoch wirft ihr erpresserisches Vorgehen Fragen auf, zumal die flämischen Wärter die Kritik der frankofonen Kollegen zwar sehr wohl teilen, aber aus Rücksicht aufs öffentliche Interesse auf Dialog setzen. Der Kampf frankofoner Gewerkschaften ge-



Gefängniswärter protestieren vor der Haftanstalt im Brüsseler Stadtteil Saint-Gilles gegen Budgetkürzungen. FRANCOIS LENOIR / REUTERS

gen die flämisch dominierte Mitte-Rechts-Regierung nimmt hingegen zunehmend fanatische Züge an. Der öffentliche Dienst wird von einer Streikwelle erfasst, fast im Wochenrhythmus legen das Bahnpersonal, die Buschauffeure oder die Fluglotsen die Arbeit nieder. Am Brüsseler Flughafen müssen die Passagiere stundenlang Schlange stehen, weil das Flughafenpersonal nach den Terroranschlägen verschärfte Sicherheitsmassnahmen mit Kontrollen ausserhalb des Flughafengebäudes durchgesetzt hat.

Dass die Regierung die Armee in die Gefängnisse schickt, hat die Wärter eher radikalisiert als zur Vernunft gebracht. Doch auch die Armee ist zunehmend am Anschlag. Die aufbotenen Soldaten gehören zu einer Einheit, die für die Sicherheit in den Städten eingesetzt wird und bereits ausgelastet ist. Denn in Belgien herrscht noch immer die zweithöchste Terrorwarnstufe, weshalb Soldaten offizielle Gebäude sowie Bahnhöfe und Metrostationen bewachen. Am Mittwoch schlug Generalmajor Jean-

Paul Deconinck, der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, Alarm: Die Überlastung führe dazu, dass die Armee Übungen streichen müsse und Know-how für Auslandseinsätze verliere.

Investitionen vernachlässigt

Die Gefängnis-Krise und der Rückgriff auf die Armee zeigen, dass Belgien gerade auf Bundesebene die Investitionen in die öffentlichen Dienste und in die Infrastruktur wegen der Sparpolitik jahrelang vernachlässigt hat. Auch in der Terrorbekämpfung fehlt es an Personal, um angesichts der hohen Zahl potenzieller Jihadisten allen Hinweisen nachzugehen. Gleichzeitig sträuben sich die strukturkonservativen Gewerkschaften gegen jegliche Modernisierung. Die mediale Grundsatzkritik an all diesen Missständen hat seit den Terroranschlägen neue Höchststände erreicht. Der öffentliche Druck ist so gross, dass es zumindest in der Gefängnis-Krise eigentlich eher früher als später zu einer Lösung kommen müsste.